

Schluß der Juristen für die Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen und später der sozialistischen Ordnung einzusetzen. Zugleich wollten sie Anschluß finden bei den demokratischen Juristen der Welt, die sich in der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen konstituiert hatten. Fortan haben die Juristen unseres Landes ihren beruflichen und gesellschaftlichen Auftrag durch Engagement und Einsatz auch für ihre Vereinigung und mit ihr erfüllt.

Die Bilanz unserer Arbeit als sozialistische Juristenorganisation beweist auch den aktiven Beitrag zur Herausbildung und Formung neuer Generationen sozialistischer Juristen, die den revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und dem antifaschistischen Vermächtnis verpflichtet sind und die mit ihrem ganzen Wissen und Können für die Festigung, den Schutz und die Entwicklung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung, für die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie sowie für antiimperialistische Solidarität, für Frieden, Abrüstung, Entspannung und internationale Sicherheit eintreten und wirken.

Unsere Vereinigung hat ihre Aufgaben in den Entwicklungsetappen der sozialistischen Gesellschaft stets von den Positionen grundsätzlicher politischer Erfahrungen und Einsichten bestimmt, die die Arbeiterklasse, geführt von ihrer Partei, gewonnen hatte. Das drückt sich bereits im ersten programmatischen Dokument der Vereinigung aus, in dem die fortschrittlichen Juristen der neuen Zeit ihre Überzeugung verbrieften, daß die Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Aufbaus nur erfolgreich zu meistern sind „im erbitterten Kampf mit den Kräften der Reaktion, mit den Resten der Nazi-Idelogie ebenso wie des Kolosses der Jurisprudenz und Rechtsstaatlichkeit preußisch-deutscher Vergangenheit“<sup>3</sup>

Die Stärkung der demokratischen Staatsmacht, der Schutz der neuen Ordnung, die Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit, die ständige Auseinandersetzung mit den Feinden des werktätigen Volkes waren unumstößliche Grundpositionen, die es notwendig machten und ermöglichten, ein neues Rechtsbewußtsein der Werktätigen zu entwickeln.

Der von der SED in schöpferischer Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus gewiesene Weg bewies und bestärkte die Erkenntnis, daß der sozialistische Staat Demokratie und Gerechtigkeit verwirklicht, weil er den Interessen der Werktätigen dient. Es ist historische Wahrheit, wenn es in der Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 23. November 1978 heißt: „Das Banner der Rechte und Freiheiten des Menschen trägt der Sozialismus.“<sup>4</sup>

Die Aufgabe, die sich unsere Vereinigung von Anfang an stellte, „die Gesetze der demokratischen Ordnung und ihrer Entwicklung allen Menschen guten Willens verständlich zu machen, ... die demokratische Gesetzlichkeit gegen ihre Feinde zu verteidigen und für ihre Freunde nutzbar zu machen...“<sup>5</sup>, wurde von den Juristen so verstanden, daß es nie um die bloße Vermittlung von Rechtskenntnissen ging, sondern immer um die Erläuterung von ideologisch-politischen und ökonomisch-sozialen Grunderkenntnissen im Zusammenhang mit rechtlichen Regelungen.

Der wichtigste Ausgangspunkt war für uns die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß die Fragen des Staates und des Rechts Fragen der Macht, der Klassenherrschaft sind. In der Arbeit „Parlamentarismus und Rätemacht in der Novemberrevolution 1918“ schrieb Karl Polak: „Die Befreiung des Proletariats vollzieht sich durch seine Differenzierung von der Bourgeoisie, durch die Erringung seiner Selbständigkeit gegenüber der Bourgeoisie und die Durchsetzung seiner politischen Macht gegenüber der bürgerlichen, durch die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die Befreiung der unterdrückten Massen von ihm und durch ihre Organisation für den sozialistischen Auf-

bau. Dies ist die Bewegung der revolutionären Dialektik in der Entwicklung der Gesellschaft.“<sup>6</sup>

Es war eine Lebensfrage für unser Volk, keine Restauration des bürgerlichen Regimes im Sinne der Weimarer Republik zuzulassen und die Ideologie der nationalen Überheblichkeit, des Rassenhasses und des Antikommunismus entschieden zu bekämpfen. Die Lehren der Geschichte sind für uns gerade auch für die heutigen Kämpfe, für die Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus von großer Bedeutung.

Wir durften und dürfen nie aus dem Auge lassen, daß unsere Republik die Nahtstelle zwischen Sozialismus und Imperialismus bildet und im besonderen Maße den ideologischen, wirtschaftlichen und anderen Anfeindungen seitens des westdeutschen Imperialismus ausgesetzt ist. Die Erziehung der Werktätigen und der Juristen selbst zur Klassenwachsamkeit, zur aktiven Haltung gegen die Einflüsse des Klassenfeindes, der bedingungslose Schutz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung war und ist eine erstrangige Aufgabe auch unserer Vereinigung.

---

#### *Internationale Aktivitäten für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt*

---

Die VdJ hat in ihrer Arbeit die Wiederherstellung der imperialistischen Herrschaftsverhältnisse, in der BRD, den systematischen Abbau demokratischer Rechte, den Schutz und die Förderung von Nazi- und Kriegsverbrechern bis in höchste BRD-Staatsfunktionen vor aller Welt bloßgelegt. Sie hat mit allen demokratischen Juristen Protest erhoben gegen die Verfolgung von Demokraten in der BRD und gegen die aggressiven Maßnahmen, die gegen unsere Republik massenhaft organisiert wurden. Welche Winkelzüge und offenen Angriffe der Klassenfeind gegen die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft, gegen unseren Staat und seine Bürger auch immer unternommen mag, wir Juristen werden mit aller Konsequenz den realen Sozialismus verteidigen. Wir sind Juristen unseres sozialistischen Vaterlands — das bestimmt unsere Haltung.

Im schweren Ringen um die weltweite völkerrechtliche Anerkennung unseres Staates haben wir die Solidarität aller aufrechten Menschen, aller demokratisch gesinnten Juristen erfahren. Dieser Kampf war dank des veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus, dank der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz durch die Kraft der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft erfolgreich.

Indes geben die reaktionären Kräfte ihren unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialismus nicht auf und gefährden den Frieden durch die wahnsinnige Politik des Wetrüstens. Das aggressive Wesen des Imperialismus zeigt sich in seiner ganzen Tragweite als Bedrohung der Menschheit. Im Bündnis mit allen Friedenskräften sich dafür einzusetzen, daß die imperialistischen Staaten die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, die abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge einhalten, ist eine Aufgabe, der sich die demokratischen Juristen stets gestellt haben.

Die Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 23. November 1978 ist Richtschnur auch für unsere Aktivitäten. Wir handeln im Geiste dieser Entschlossenheit, „der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki als einheitliches Ganzes im Zusammenwirken mit den anderen friedliebenden Staaten, allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften sowie den breiten Volksmassen neue Impulse zu verleihen sowie konkrete Maßnahmen und Schritte zur Entwicklung der Zusammenarbeit und zur Erreichung wirklicher Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt zu vereinbaren“?

Aggressiv-revanchistische Kräfte in der BRD setzen auf Konfrontationen, mischen sich in unsere inneren An-